

KPÖ verteilte 150.000 Euro an tausend Menschen

28. Dezember 2010, 14:21

Seit 1998 über 1,1 Millionen Euro aus Politikergehältern verschenkt - Stadträtin: "Viele können trotz Job die Kosten nicht bewältigen"

Graz - Bei ihrem traditionellen "Tag der offenen Konten" knapp vor Neujahr haben die steirischen KPÖ-Spitzenleute am Dienstag Rechnung gelegt, wie vielen Menschen in Not Unterstützung gegeben werden konnte: 2010 haben die Landtagsabgeordneten, Stadträte und Gemeinderäte mehr als 148.000 Euro (2009 knapp 164.000 Euro) gespendet. Damit wurden 1079 Personen unterstützt sowie der "Mieternotruf" der KPÖ - mit 12.240 Euro - finanziert. Auffallend sei laut KPÖ, dass immer mehr Menschen, die in Beschäftigungsverhältnissen stünden, sich die Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten könnten.

KPÖ half beim Heizen und Wohnen

Konkret wurden 486 Personen mit rund 55.600 Euro zur Unterstützung für Lebensbedarf bedacht, 51 Personen erhielten 7790 Euro für Wohnungsanierungen, 159 Menschen erhielten 29.425 Euro für Mietzinszahlungen zur Verhinderung von Delogierungen. Für Strom- und Heizkosten gab es für 102 Menschen 13.708 Euro, für 20 Personen rund 3817 Mieter-Verfahrenskostenbeihilfe. Für Reparaturen von Haushaltsgeräten, Boilern und ähnliches bekamen 34 Menschen rund 3336 Euro. Für Kauttionen und Mietvertragsgebühren erhielten 98 Personen rund 16.714 Euro, an Weihnachtsunterstützung und Spenden erhielten 139 Menschen rund 5632 Euro.

Seit der Wahl Ernest Kalteneppers zum Stadtrat in Graz im Jahr 1998 gibt es den Tag der offenen Konten, und seither sind sei eine Gesamtsumme von 1,113.626 Millionen Euro an fast 8000 Menschen in Not geflossen, berichteten die Grazer Stadträtin Elke Kahr und die beiden Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg. Die Gehaltsobergrenze ist mit 2200 Euro netto festgelegt, der Rest des Gehalts fließt in die KPÖ-Hilfe.

Zwei Landtagsabgeordnete weniger

Der geringere Gesamtbetrag des heurigen Jahres gegenüber 2009 ergebe sich daraus, sagte Klimt-Weithaler, dass man leider zwei Mandate bei der Landtagswahl eingebüßt habe. Die Gehaltsobergrenze sei deshalb auch festgelegt, damit man nicht zu weit weg von Durchschnittseinkommen sei. "Tage der offenen Konten" werde es auch noch in der West- und der Obersteiermark geben, ebenso entsprechende Sprechstunden.

Laut Klubchefin Klimt-Weithaler könnten sich immer mehr Menschen eine Wohnungskauttion, eine Autoreparatur oder den Ersatz einer kaputten Waschmaschine nicht mehr leisten, obwohl sie einer geregelten Arbeit nachgingen: "Die Löhne halten mit der Teuerung einfach nicht Schritt." (APA)

© derStandard.at GmbH 2010 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.